

Kolumbien: Bedrohte Menschenrechtler brauchen Schutz

Hilfswerke fordern Außenminister Westerwelle auf, die Ermordung von Bauernvertretern zum Thema beim Staatsbesuch zu machen

Berlin, 12. Juli 2011 – Deutsche Nichtregierungsorganisationen fordern, dass sich Außenminister Guido Westerwelle bei seinem Staatsbesuch in Kolumbien persönlich bei seinen kolumbianischen Gesprächspartnern für die Sicherheit der Mitglieder von Menschenrechts- und Bauernorganisationen einsetzt. Der Außenminister wird am 13. Juli in Kolumbien eintreffen, er wird begleitet vom Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Markus Löning.

In Kolumbien werden immer wieder Bauernvertreter/innen und Menschenrechtsaktivist/innen bedroht und ermordet. Die Rückgabe von Land ist eines der herausragenden Projekte der Regierung Santos. Dennoch: "Diejenigen, die sich für Landrückgabe einsetzen, werden ermordet", erklärt Alexandra Huck von kolko e.V. "Die Pläne der Regierung sind reine Makulatur, wenn die Vertriebenen sich nicht für die Landrückgabe einsetzen können", so Huck weiter. Am 30. Juni wurde der Vertriebenenvertreter Antonio Mendoza im Departement Sucre ermordet, am 07. Juni Ana Fabricia Córdoba mitten in Medellin erschossen. Von Juli 2010 bis April 2011 wurden in Kolumbien fünfzehn Vertriebenenvertreter/innen ermordet, die das Recht auf Rückkehr auf ihr Land einforderten.

"Es gibt eine Vielzahl von Drohungen gegen Menschenrechtsaktivist/innen aus unseren Partnerorganisationen, andere werden durch Strafprozesse bei ihrer Arbeit behindert", erklärt Adrian Oelschlegel von "Brot für die Welt" und fährt fort: "In ihren Äußerungen hat die Regierung Santos eine positive Haltung zu Menschenrechtsfragen gezeigt, doch nun müssen den Worten auch Taten folgen."

"Die Regierung hat keine wirksamen Maßnahmen ergriffen, damit wir unsere Arbeit an der Seite der verletzlichsten Gruppen der kolumbianischen Gesellschaft leisten können. Wir haben deshalb den Dialog zwischen Menschenrechtsorganisationen und Regierung über Sicherheitsgarantien suspendiert", erklärt Judith Maldonado.

Die kolumbianische Anwältin Judith Maldonado von der Menschenrechtsorganisation „Colectivo de Abogados Luis Carlos Pérez“ hat am 09.07.2011 für ihre Arbeit den Shalompreis der katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt erhalten. Am 13. Juni haben die Dachverbände kolumbianischer Menschenrechtsorganisationen den Dialog mit der Regierung über Sicherheitsgarantien für ihre Arbeit ausgesetzt. In den vier Dachverbänden sind hunderte kolumbianischer Menschenrechtsorganisationen zusammen geschlossen.

„Ein persönliches Gespräch von Außenminister Westerwelle mit den kolumbianischen Menschenrechtsorganisationen wäre in dieser Situation sehr wichtig“, so Adrian Oelschlegel.

Kontakt: **Adrian Oelschlegel**, „Brot für die Welt“: 0176 69185150, **Judith Maldonado** über Adrian Oelschlegel, **Alexandra Huck**, kolko – Menschenrechte für Kolumbien, 0172 1660346, mail@kolko.net. Weitere Informationen: www.kolko.de